



Sonderprogramm gegen Fluglärm

Betroffene kommen bald einfacher an Geld

Die Anwohner des Bremer Flughafens sollen besser vor Fluglärm geschützt werden. Dafür hat die Flughafen GmbH das gestern vorgestellte Programm „Calmar“ aufgelegt, aus dem bis Ende 2014 mindestens 500.000 Euro für Schallschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Die Vereinigung zum Schutz Flugverkehrsgeschädigter (VSF) ist dennoch unzufrieden.

VON ANKE LANDWEHR

Bremen. Vom Fluglärm geplagte Bremer können auf Verbesserungen hoffen: Bis Ende 2014 will die Flughafen Bremen GmbH mindestens 500.000 Euro für Schallschutzmaßnahmen bereitstellen. Anspruch darauf haben grundsätzlich die in einem festgelegten Gebiet (Tag- und Nachtschutzzone) lebenden Menschen. „Das ist nicht ausreichend“, sagt Monika Morschel, Vorsitzende der Bremer Vereinigung zum Schutz Flugverkehrsgeschädigter. Viele andere in Habenhausen, Hemelingen und einem Teil Huchtings seien ebenso betroffen, „und die kriegen nichts“.



Scannen Sie das Bild oben für weitere Informationen zum Thema. Siehe Anleitung Seite 1.

Wirtschaftssenator Martin Günthner, Jürgen Bula als Geschäftsführer der Flughafen GmbH und deren Leiter Emissionen, Dettmar Dencker, feierten das Schallschutzprogramm gestern indes als Erfolg. Denn bisher müssten sich Fluglärmgeplagte durch „komplexe Rechtsgrundlagen“ kämpfen, wollten sie Geld für Schutzmaßnahmen. Von Gesetzes wegen sei man erst ab Dezember 2014 zahlungspflichtig, unterstrich Bula. In enger Zusammenarbeit mit der im Wirtschaftsressort angesiedelten Luftaufsichtsbehörde habe die Flughafen GmbH aber schon jetzt

ein vereinfachtes privatrechtliches Verfahren entwickelt. Das bis 2019 geltende Programm „Calmar“ (aus dem Lateinischen: lindern) biete ab 1. November die Möglichkeit zur „unbürokratischen Erstattung von Schallschutzmaßnahmen in Aufenthalts- und Schlafräumen“, so Bula.

In der Tagschutzzone werden maximal 150 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche für bauliche Verbesserungen etwa an Fenstern, Türen, Rolladenkästen, Wänden und Dächern gezahlt. Den gleichen Betrag gibt es in der Nachtschutzzone für Belüftungseinrichtungen an Fenstern oder Kaminen – sogenannte Permanentlüfter in Schlafzimmern sorgen für Frischluft bei ungeöffneten Fenstern.

Unter „Aufenthaltsräume“ fallen weder Bäder noch sonstige „Durchgangszimmer“. Der Airport-Schallschutzexperte Dettmar Dencker rät Betroffenen, sich direkt an den Flughafen zu wenden. Dieser Weg führe rascher zum Erfolg als Anträge über die Behörde, die auch teuer sind, weil dann ein Gutachten vorzulegen ist.

Der Flughafen will drei Mitarbeiter für das Calmar-Programm abstellen, die auch gerne Hausbesuche abwarten würden, so Bula. „Dann geht es noch schneller.“ Zudem werde Unterstützung bei der Suche nach fachkundigen Handwerksunternehmen angeboten. Bula hob hervor, dass Bremen mit dem Calmar-Programm bundesweit eine Vorreiterrolle einnehme.

Das Geld dafür kommt von den Luftverkehrsgesellschaften und vom Flughafen, ein Teil wird aus dem angebotenen Zuschlag für Nachtlandungen finanziert. Wirtschaftssenator Günthner erklärte, dass die Zahl der Landungen und Starts zwischen

22 und 22.30 Uhr von 2500 im Jahr 2010 auf jetzt 1137 zurückgegangen sei, zwischen Mitternacht und sechs Uhr morgens seien es nur noch 13 statt 66. „Das hat eine deutliche Verbesserung für die Menschen gebracht“, so der Senator. Privatflüge seien spätabends nicht mehr zugelassen. Günthner: „Wir haben ja viele gute Hotels.“

Monika Morschel von der Vereinigung der Flugverkehrsgeschädigten erkennt die Bemühungen des Flughafens zwar an, geißelt aber das Bundesgesetz zur „Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm in der Umgebung von Flugplätzen“. Die Lärmgrenzen seien um die Hälfte höher als ursprünglich vorgesehen, weil sich die Lobbyisten der Flughäfen durchgesetzt hätten. Die Schutzzone seien zu klein dimensioniert,

klagt Morschel. „Die meisten unserer 250 Mitglieder wohnen außerhalb der festgelegten Grenzen, sind aber ebenso stark belastet.“ Würden diese Gebiete einbezogen, dann summierten sich die Erstattungen für Schallschutz auf rund 22 Millionen statt jetzt etwa drei Millionen Euro, so Morschel.

Die Bremer VSF-Vorsitzende ärgert sich noch mehr. Wer vor 20 Jahren Schallschutzfenster habe einbauen lassen, gehe bei „Calmar“ leer aus. Außerdem stünden in der Nachtschutzzone viele schon sehr alte Häuser. „Neue Fenster nützen gar nichts, wenn der Lärm noch durch die Wände dringt.“

Weitere Informationen über das Schallschutzprogramm unter www.airport-bremen.de.



Jede Reform, wie notwendig sie auch sein mag, wird von schwachen Geistern so übertrieben werden, dass sie selbst der Reform bedarf.

SAMUEL TAYLOR COLERIDGE (1772-1834)

TACH AUCH

Ladies only?

VON BERND MEIER

Wir Männer werden diskriminiert, aber jetzt sagt es endlich mal jemand! Die Gleichstellungswächter der belgischen Stadt Lüttich haben das Fitnessstudio „Ladies Only“ gerügt, und die Betreiber zeigten sich einsichtig. Demnächst sollen dort auch Männer trainieren dürfen. Was wird nun aus „Mrs. Sporty“, der Fitnesskette, die auch in Bremen vertreten ist? Wird dort nun auch ein Mr. Sporty Einlass finden, oder muss der Bremer Landesmännerbeauftragte erst ein Machtwort sprechen? Und wann werden wir in den Teeregeln endlich die Mischung finden, die uns Männern gerecht wird? Dort stehen zwar die Tees der Sorten „Frauen Power“ und „Frauen Balance“, und selbst die Damen, die schon genug Power und Balance haben, dürfen sich von einem schlichten „Frauen-Tee“ angesprochen fühlen. Wo aber bleibt der Männer-Tee? Man muss ihn ja nicht gleich so nennen. Man könnte doch erst mal mit einer Sorte anfangen, deren Name den bisher üblichen Sprachgebrauch nicht sprengt. Wie wäre es mit einem „Frauenverstehertee“?

Gülle-Transporter stillgelegt

Mit erheblichen Mängeln auf der A 1

Bremen (wk). Wegen zahlreicher Fahrzeugmängel hat die Polizei am Dienstag einen Sattelzug auf der A 1 aus dem Verkehr gezogen. Der Tankauflieger des Sattelzugs wurde noch vor Ort stillgelegt und mit einem Tieflader abtransportiert, teilte die Polizei gestern mit. Die Zugmaschine musste in die nächste Werkstatt gebracht werden. Der Sattelzug gehört laut Polizei einem landwirtschaftlichen Dienstleistungsbetrieb im Bereich Cloppenburg und wurde zum Transport von Gülle eingesetzt.

Verkehrsbüro wacher auf der A 1 hatten die marode wirkende Sattelzugmaschine mit Tankauflieger auf dem Rastplatz Mahndorfer Marsch kontrolliert. Dabei bemerkten sie laut Polizei, dass die Bremsen des Aufliegers nicht voll funktionsfähig waren: Die Reibflächen der Bremstrommeln waren teilweise verrostet. Auch wurden Roststellen an Rahmen und Tank festgestellt. Deshalb folgte eine Überprüfung des Fahrzeuges beim TÜV Nord. Der fand weitere gravierende Mängel, etwa bei der Zugmaschine einen starken Druckverlust in der Bremsanlage. Außerdem war der Airbag defekt und ein Reifen teilweise ohne Profil. Beim Auflieger funktionierten die Bremsen schlecht oder gar nicht. Auch war die Aufhängung aller drei Achsen teilweise gebrochen. Die Reifen hatten Alterungsrisse, und der Tankboden war undicht. Der Halter und der 28-jährige Fahrer müssen laut Polizei mit hohen Bußgeldstrafen rechnen.

ADAC saniert seine Geschäftsstelle

Bremen (xkw). Der ADAC Bremen in der Bennigsenstraße ist ab heute geschlossen. Die Geschäftsstelle und das Reisebüro werden komplett umgebaut und energetisch saniert. Ab Montag, 14. Oktober, sind die Geschäftsstelle und das Reisebüro in der Dölvestraße 8 zu erreichen. Dort werden alle Leistungen angeboten, so der ADAC. Umgebaut wird voraussichtlich bis zum Frühjahr 2015. Die Postanschrift und die Telefonnummern ändern sich nicht.

Apotheker sorgen sich um Grippe-Impfstoff

Liefer Schwierigkeiten könnten zum Problem werden / Krankenkasse versucht zu beruhigen

Bremen (mlu). Die Bremer Apothekerkammer befürchtet einen Engpass bei Grippeimpfstoffen. Der Hersteller des Impfstoffs habe Liefer Schwierigkeiten, sagte der Präsident der Apothekerkammer, Richard Klämbt. Nur ein Drittel der vereinbarten Menge sei bisher geliefert worden. Ausweichmöglichkeiten zu anderen Herstellern gebe es für Ärzte und Apotheken nicht, erklärte Klämbt, denn die Krankenkassen in Bremen und Bremerhaven hätten nach einer Ausschreibung mit diesem Hersteller einen Exklusivvertrag geschlossen. „Es ist unverständlich, dass man den Auftrag nicht an zwei Firmen vergeben hat, denn dass ein Hersteller Liefer Schwierigkeiten hat, kann immer passieren“, kritisierte Klämbt.

Der Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung, Christoph Fox, hat von den Mitgliedern des Verbands ähnliche Beschwerden gehört. Auch die Bremer Gesundheitsbehörde ist auf dem Stand, dass erst ein Drittel des Impfstoffs geliefert ist. Jörn Hons, Sprecher der AOK Bremen/Bremerhaven, die für die Ausschreibung zuständig ist, beruhigte jedoch. Laut Hersteller, so berichtete er, soll noch in dieser Woche die komplette Lieferung eintreffen. Grund zur Besorgnis gebe es also nicht.

Blei im Trinkwasser beschäftigt Behörden

Neuer Grenzwert ab Dezember / Gesundheitsamt und Immobilien Bremen entscheiden über Handlungsbedarf für öffentliche Gebäude

VON ANTJE STÜRMANN

Bremen. Trinkwasser aus dem Hahn soll ab 1. Dezember nur noch halb so viel Blei enthalten wie bisher. So sieht es die bundesweit gültige Trinkwasserverordnung vor (wir berichteten). Damit in den öffentlichen Gebäuden der Stadt der neue Grenzwert von zehn Mikrogramm je Liter Wasser eingehalten wird, wollen sich jetzt Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde die Ergebnisse von Wasseranalysen der vergangenen 18 Jahre ansehen und dann gemeinsam mit den Kollegen von Immobilien Bremen (IB) entscheiden, „wo es Handlungsbedarf gibt“, sagt IB-Sprecher Peter Schulz.



Andrea Spude. FOTO: KUHAUPT

„Blei ist ein Nervengift, das sich negativ auf die Entwicklung des Gehirns auswirken kann“, erklärt der Ärztliche Leiter des Medizinischen Labors Bremen, Helmut Dietrich Köster. „Man kann die Bleibelastung im Trinkwasser gar nicht genug reduzieren“, sagt der Fachmann.

Vor 18 Jahren hatte die Stadt begonnen, Bleileitungen aus öffentlichen Gebäuden zu entfernen und durch Rohre aus anderen Materialien zu ersetzen. Bis 2004 habe Bremen die Leitungen in 43 Kindertagesstätten, Grund- und Sonderschulen saniert lassen, außerdem in 26 Gesamtschulen, Jugendfreizeitheimen und Schulen der Sekundarstufen I und II. Hinzukommen laut Schulz eine Fachhochschule und 58 weitere öffentliche Gebäude, darunter auch das Rathaus. Er ist überzeugt: Mehr als 20 Mikrogramm Blei sei heute im Trinkwasser, das aus den Wasserhähnen öffentlicher Gebäude stammt, nicht mehr zu finden.

Insgesamt sei die Stadt Eigentümerin von 2000 öffentlichen Gebäuden. Verglichen damit sei der Bedarf zu sanieren „gar nicht so groß“ gewesen, meint Schulz. Auch wenn es darum geht, den

neuen Grenzwert von zehn Mikrogramm einzuhalten, bleibt Schulz entspannt. „Wir wissen zwar nicht, in wie vielen Gebäuden der Bleigehalt über zehn Mikrogramm liegt“, sagt er, „aber viele können es nicht sein“.

Wichtig ist den Behörden, „den Aufwand und die Kosten so gering wie möglich zu halten“, weiß Schulz. Wenn nötig, könnten Leitungen bei ohnehin anstehenden Bauarbeiten ausgetauscht werden. Sollte das nicht möglich sein, „hängen wir ein Schild über die Zapfstelle: ‚Kein Trinkwasser‘“, erklärt er. In Verwaltungsgebäuden „werden wir dann eventuell Zapfstellen haben, an denen es kein Trinkwasser mehr geben wird“. Erwachsenen sei das zuzumuten.

In Kindertagesstätten, Krippen oder Schulen wollen die Verantwortlichen sensibler vorgehen: Laut Schulz sollen in Einrichtungen, die kleine Kinder betreuen, künftig möglichst alle Zapfstellen Trinkwasser mit weniger als zehn Mikrogramm

Blei liefern. Eine Zusage, die Andrea Spude vom Zentral-Elternbeirat für angemessen hält: „Die Kinder in Ganztagschulen zum Beispiel trinken das Wasser und putzen sich damit die Zähne“, sagt sie und geht davon aus: „Wenn der Gesetzgeber den Grenzwert senkt, dann ist Blei wohl doch schädlicher als gedacht.“ Wo Handlungsbedarf bestehe, solle die Stadt so schnell wie möglich reagieren, so Spude.

Auch der Mediziner Köster ist „sehr froh, dass der Grenzwert jetzt halbiert“ wird. „Mit zehn Mikrogramm liegen wir gut“, sagt er. Den Grenzwert auf Null zu setzen, wäre unrealistisch, „weil Blei in der Umwelt sehr oft vorkommt: in Autoabgasen, in Bleibatterien, als Rückstand der Müllverbrennung, in Ölfarben und im Fußbodenbelag aus PVC“.

Bis Anfang Dezember soll feststehen, wo in öffentlichen Gebäuden Schilder angebracht oder Leitungen ausgetauscht werden müssen.



Scannen Sie das Bild links und hören Sie sich ein Audio zu dem Thema an. Siehe Anleitung Seite 1.